

Aktualisiert: 17.01.17 18:52

Maßnahmen der Staatsregierung

Offener Brief der Helferkreise: „Wir schämen uns für unsere Regierung“

Freising - Die Helferkreise aus dem Landkreis Freising haben genug gesehen. Dass Asylbewerbern mit geringer Bleibeperspektive die Arbeitserlaubnis entzogen wird und sie keine mehr bekommen sollen, stößt ihnen sauer auf. Sie wenden sich in einem offenen Brief an Landrat und Ministerpräsident.

Sehr geehrter Herr Ministerpräsident Seehofer, sehr geehrter Herr Landrat Hauner,

seit kurzer Zeit setzt das Landratsamt Freising und einige andere eine Weisung des bayerischen Innenministeriums um, laut der Asylbewerber u. a. aus Afghanistan, Pakistan und Nigeria keine Arbeitserlaubnis mehr erhalten beziehungsweise ihre bereits erteilten Arbeitserlaubnis wieder verlieren. Als Begründung für diese Maßnahme, die übrigens unseres Wissens nach nur in Bayern in dieser Form umgesetzt wird, wird die geringe Bleibeperspektive der Geflüchteten aus diesen Ländern genannt.

Aus unserer Sicht kann eine pauschale Quote der Anerkennung für ein Land nicht als Maßstab genommen werden. Die Entscheidung über ein Bleiberecht ist immer eine Einzelfallentscheidung, bei der einzig die persönlichen Fluchtgründe des Geflüchteten eine Rolle spielen und nicht sein Herkunftsland. Zudem liegt die Anerkennungsrate, zum Beispiel bei Afghanen, bei zirka 64 Prozent, was das Gegenteil von gering ist.

Es ist uns nicht ersichtlich, wie diese *Einzelfall-Entscheidung* der zuständigen Behörde, dem BAMF, vorweg genommen und aufgrund dessen im Vorhinein pauschal das Leben der betroffenen Geflüchteten im großen Maße einschränkt wird? Die Vermutung drängt sich auf, dass die Gründe hierfür die kommenden Wahlen und die politische Konkurrenz von rechts sind.

Ist es nicht sinnvoller, auch denjenigen die Arbeitsaufnahme bzw. Arbeitsweiterführung zu ermöglichen, bei denen das Asylverfahren noch in Bearbeitung ist, als sie der Untätigkeit auszusetzen? Das Asylverfahren wird dadurch doch in keiner Weise beschleunigt? Halten Sie diese Maßnahme gerade im Bezug auf die innere Sicherheit in unserem Lande wirklich für geeignet? Frustrierte, gelangweilte Asylbewerber sind doch sicher ein höheres Risiko, als Leute, die hier ein Einkommen haben und beschäftigt sind.

„Sie treten den ehrenamtlichen Einsatz mit Füßen“

Wir ehrenamtlichen Helfer möchten, dass Ihnen bewusst wird, dass Sie und die bayerische Staatsregierung durch diese Praxis die Integrationsbemühungen der Asylsuchenden und den ehrenamtlichen Einsatz aller freiwilligen Helfer mit Füßen treten. Die meisten von uns

Helfern im Landkreis Freising sind seit 2015 aktiv. Wir betreuen die Geflüchteten und helfen in vielen Bereichen (Deutschkurse, Alltagsbegleitung, Behördengänge, Stellensuche und Vertrauensbildung bei Bürgern und Unternehmen). Und wir machen das gerne und aus voller Überzeugung.

Aufgrund der gültigen Rechtslage und der im vergangenen Jahr gängigen politischen Meinung haben wir begonnen, die Asylbewerber in Arbeit und Ausbildung zu bringen. Nun hat sich die Rechtslage nicht geändert, aber die politische Meinung! Dadurch wird der Großteil unserer Arbeit der letzten Monate und Jahre ad absurdum geführt. Das mit Mühe erarbeitete Vertrauen der Arbeitgeber in die Fähigkeiten und die Einsatzbereitschaft der Geflüchteten wird auf diese Weise zu Nichte gemacht und sie stehen plötzlich ohne bereits eingearbeitete Mitarbeiter da.

Sie und die bayerische Staatsregierung scheinen aber vermehrt speziell ein Ziel zu verfolgen, nämlich unsere Bemühungen und das Leben eines jeden einzelnen Geflüchteten zu erschweren und eine funktionierende Integrationsarbeit zu vereiteln. Von offiziellen Stellen wird immer wieder betont, wie unverzichtbar der Einsatz der Freiwilligen ist und wie wichtig die eigenen Bemühungen der Geflüchteten sind, sich zu integrieren. In unseren Augen nur heiße Luft, denn die Realität vor die Sie uns alle stellen, sieht anders aus.

„Was für eine Vergeudung von öffentlichen Geldern“

Flüchtlinge, die mittlerweile arbeiten und damit in alle Sozialsysteme einzahlen, ihre Steuern bezahlen, sich an den Unterbringungskosten beteiligen und selbst für ihren Lebensunterhalt aufkommen, werden durch die Umsetzung dieser Weisung genötigt, sich wieder in soziale Abhängigkeit zu begeben. Statt unsere Kassen zu entlasten, wird nun wieder bewusst in Kauf genommen, dass diese dadurch zusätzlich belastet werden - was für eine Vergeudung von öffentlichen Geldern!

Das Verhalten des Landratsamts Freising und das der bayerischen Staatsregierung empfinden wir als unmenschlich, unmoralisch, skandalös und wenig rechtsstaatlich und es zielt aus unserer Sicht nur darauf ab, die Geflüchteten zu zermürben! Gerade Sie, als Repräsentanten der Christlich Sozialen Union, sollten doch auch für christlich und soziale Werte eintreten. Wir vermissen diese Werte. Als Bayern müssen wir uns in der letzten Zeit immer öfter eingestehen, dass wir uns für das Verhalten unserer bayerischen Landesregierung schämen.

Die Helferkreise Eching-Dietersheim, Marzling, Wang, Neufahrn, Mauern, Hörgertshausen, Wippenhauser Straße Freising, Kirchdorf und BI Au 2012, außerdem Vertreter weiterer Helferkreise